

Dieser Text wurde zuerst am 06.09.2024 auf www.scottritter.substack.com unter der URL <https://scottritter.substack.com/p/scared-of-our-own-shadow> veröffentlicht. Lizenz: © Scott Ritter



Bild: Mohamed Hassan / PxHere / CCo

Die Angst vor unserem eigenen Schatten

Die Biden-Regierung hat einen Frontalangriff auf die Redefreiheit gestartet und nutzt Vorwürfe der russischen Einmischung in die US-Wahlen als Rechtfertigung, um russischen Medien die Tätigkeit in den Vereinigten Staaten zu verbieten. Handlungen von Amerikanern wie mir, die es wagen, russischen Stimmen eine Plattform zu bieten, um von einem breiteren amerikanischen Publikum gehört zu werden, werden kriminalisiert.

Autor: Scott Ritter

ist ein ehemaliger Nachrichtenoffizier des Marinekorps, der in der ehemaligen Sowjetunion bei der Umsetzung von Rüstungskontrollverträgen, im Persischen Golf während der Operation Desert Storm und im Irak bei der Überwachung der Abrüstung von Massenvernichtungswaffen diente. Sein Buch „the Scorpion King. America's Suicidal Embrace of Nuclear Weapons from FDR to Trump“ erschien im Verlag Clarity Press, Atlanta, GA, 2020. (Foto: David Shankbone, CC BY-SA 3.0)



Während ich bisher in keiner der Anklagen erwähnt wurde (und auch nicht erwarte, dass dies der Fall sein wird, da ich nichts Illegales getan habe), wurden mehrere Russen und russischstämmige Amerikaner zusammen mit verschiedenen russischen Organisationen angeklagt. Wie erwartet überschlugen sich die Spekulationen in den Mainstream- und sozialen Medien über den Umfang und das Ausmaß der angeblichen russischen Einmischung. Dies hat mich zum Nachdenken darüber veranlasst, wie sehr Amerika aus dem Gleichgewicht geraten ist: Wo eine politisierte Justiz ignoriert wird – die eindeutig versucht, die bevorstehende Wahl vom Herausforderer weg und hin zum handverlesenen Nachfolger des Amtsinhabers zu kippen –, während die

von dieser politisierten Justiz erhobenen Vorwürfe über bezahlte Propaganda für bare Münze genommen werden.

(Zur Erinnerung: Alle Personen und Organisationen, die bisher strafrechtlich angeklagt wurden, sind Russen oder russischstämmige Amerikaner, die in Russland leben und somit außerhalb der Reichweite der amerikanischen Strafverfolgungsbehörden liegen. Diese werden höchstwahrscheinlich nicht vorhaben, die Anschuldigungen vor einem US-Gericht anzufechten. Das ermöglicht es der US-Regierung und ihren willfährigen Handlangern in den Mainstream-Medien, die Anschuldigungen als Tatsachen zu behandeln.)

Angesichts der Enthüllungen über millionenschwere Deals, bei denen Influen-

cer 100.000 Dollar pro Woche für die Produktion von Videoinhalten erhielt und Moderatoren Millionengehälter und andere Vergünstigungen bekamen, verblasst meine Beziehung zu den russischen Staatsmedien im Vergleich dazu, da ich als externer Mitarbeiter mit einem Betrag vergütet wurde, der im Vergleich dazu mit 250 bis 280 US-Dollar pro veröffentlichtem Artikel geradezu lächerlich erscheint. Der Gesamtbetrag, den ich erhielt, macht weniger als 7% meines jährlichen Gesamteinkommens aus.

Offensichtlich mangelt es mir an Verhandlungsgeschick – anstatt darauf zu bestehen, kein Angebot unter 5 Millionen Dollar in Betracht zu ziehen, gab ich mich mit einer Vergütung zufrieden, die der branchenüblichen „Norm“ von 150 bis 300 Dollar pro veröffentlichtem Artikel entsprach. Anfang des Jahres, als RT dachte, dass mein Interesse an einer Mitarbeit nachgelassen hätte, boten sie mir an, den pro Artikel gezahlten Preis zu verdoppeln; ich lehnte ab und bestand darauf, dass wir uns an den Wortlaut unserer Vereinbarung halten.

Der Wert meiner Interaktion mit russischen Medien, sowohl in Bezug auf die Veröffentlichung bei RT und Sputnik als auch in Bezug auf die Teilnahme an Programmen einer Vielzahl anderer russischer Medien, ergab sich aus den geknüpften Kontakten und der daraus resultierenden Möglichkeit, russische Beamte, Politiker, Diplomaten, Akademiker, Militärs, Analysten, Experten und Menschen auf der Straße zu treffen und mit ihnen zu interagieren. Ich betrachte meine Interaktion mit russischen Medien als festen Bestandteil meiner gesamten Russland-Erfahrung – ein entscheidender Aspekt der intensiven Aktivitäten, an denen ich bei meinen Reisen nach Russland im Jahr 2023 und Anfang 2024 teilgenommen habe. Die russischen Journalisten denen ich begegnete, waren in jeder Hinsicht Profis, und indem ich mich ihren Fragen stellte, lernte ich viel über die russische Denkweise und wie sie die russischen Empfindungen und Prioritäten prägte.

Ich bin beeindruckt von der Intensität der Kampagne des Justizministeriums – und damit auch der Biden-Regierung – gegen russische Medien. Es handelt

sich nicht nur um eine grobe Politisierung der Justiz, die einen Kandidaten (Donald Trump) als Empfänger – unabhängig oder nicht – von Bemühungen des Kremls, die Waage der Demokratie zu seinen Gunsten zu beeinflussen, hinstellt, sondern es baut auch Mauern zwischen dem amerikanischen Volk und seinem russischen Pendant. Und das zu einer Zeit, in der Brücken dringend benötigt werden.

Während des Kalten Krieges, als die USA und die Sowjetunion in einem ideologischen Wettstreit existenziellen Ausmaßes verstrickt waren, bestand die Strategie der Vereinigten Staaten darin, die amerikanische Bevölkerung dazu zu ermutigen, sich aktiv über die Sowjetunion zu informieren.

Damals waren wir von uns als Nation überzeugt und hatten keine Angst davor, unsere Lebensweise mit jeder anderen zu vergleichen. Wir vertrauten auch auf die Fähigkeit der amerikanischen Bevölkerung, Fakten von Fiktion zu unterscheiden und Entscheidungen frei von ausländischer Einmischung zu treffen.

Die CIA beteiligte sich an diesem Kulturkrieg mit traditioneller schwarzer Propaganda. Sie finanzierte und unterstützte aber auch die Leitung eines linksliberalen Literaturmagazins, *Encounter*, das versuchte, Teile der westlichen Gesellschaft für sich zu gewinnen, die als anfällig für sowjetische Propaganda galten, indem es den Intellekt einbezog, statt ihn zu verleugnen.

Die CIA finanzierte auch die Arbeit des „Foreign Broadcast Information Service“ (FBIS), der von 1967 bis zu seiner Auflösung im Jahr 2005 ausländische Massenmedien überwachte, die über Radio, Fernsehen und Printmedien übertragen wurden. Die Inhalte wurden dann übersetzt und in nicht klassifizierten Publikationen zusammengefasst, die Regierungs- und Militärkunden sowie akademischen Zielgruppen zur Verfügung gestellt wurden (das Material wurde aus urheberrechtlichen Gründen nicht frei an die amerikanische Öffentlichkeit verteilt).

Der Punkt ist, dass es eine Zeit gab, in der Menschen, die daran interessiert wa-



Der Informationsservice über ausländische Medien war Teil der CIA. (Logo: Foreign Broadcast Service / Wikimedia Commons / public domain)

ren, faktenbasierte Informationen über den sowjetischen Gegner zu erhalten, dazu ermutigt wurden, dies ohne Angst vor Sanktionen oder feindseligen Gerichtsverfahren zu tun.

Ich machte 1984 meinen College-Abschluss und wurde im selben Jahr bei den Marines einberufen. Während dieser Zeit schloss ich mein Studium der russischen Geschichte ab, was die Verteidigung einer Abschlussarbeit beinhaltete, für die ich mich eingehend mit der russischen und sowjetischen Militärtheorie befassen musste. Ich verfasste auch einen wissenschaftlichen Artikel über die sowjetische Geschichte, für den ich Primärforschungsmaterialien verwenden musste. Zu keinem Zeitpunkt wurde ich bei dieser Arbeit behindert, weder direkt noch indirekt, obwohl die Sowjetunion 1984 massive nachrichtendienstliche Anstrengungen unternahm, um Ronald Reagan an einer zweiten Amtszeit zu hindern. Die Reagan-Regierung war sich dieser sowjetischen Bemühungen bewusst und ergriff Maßnahmen, um sie zu überwachen und ihnen entgegenzuwirken. Aber zu keinem Zeitpunkt versuchten sie, die sowjetische Stimme zum Schweigen zu bringen oder dem amerikanischen Volk den Zugang zu Informationen über die Sowjetunion und ihrem Volk zu verwehren.

Unter Ronald Reagan war Amerika mit dem, was es als Nation darstellte, zufrieden – mit allen Fehlern und Schwächen.

Das kann man von der Gegenwart nicht behaupten.

Die Biden-Regierung hat nicht nur Angst vor ihrem eigenen Schatten, wenn es darum geht, dem amerikanischen Volk zu Vertrauen, sich eine unabhängige politische Meinung über die Kandidaten für ein Amt zu bilden. Sie befürchtet auch, dass das amerikanische Volk, wenn man es liebe, sehr wohl für ihren politischen Gegner stimmen könnte. Daher kombinieren sie Taktiken, die eingesetzt werden um dieses Ergebnis zu verhindern: das uralte Konzept des Boulevard Journalismus, um ihre Gegner zu verleumden, sowie eine politisierte Justiz, um abweichende Stimmen zum Schweigen zu bringen.

In meinem Fall sowie bei anderen lautstarken Kritikern der Russlandpolitik der Biden-Regierung hat die US-Regierung damit begonnen, das Recht auf freie Meinungsäußerung gemäß dem ersten Zusatzartikel der Verfassung zu neutralisieren, indem sie die Arbeit buchstäblich an ausländische Mächte auslagert. Das Außenministerium hat mit Steuergeldern, die vom Kongress für diesen ausdrücklichen Zweck bereitgestellt wurden, die Gründung und Arbeit des Zentrums zur Bekämpfung von Desinformation (Center for Countering Disinformation, CCD, Anm. d. Red.) finanziert und geleitet – einer ukrainischen Behörde, deren erste Amtshandlung die Veröffentlichung einer sogenannten „Schwarzen Liste“ von Personen war, darunter viele Amerikaner (einschließlich meiner Person), die als russische Propagandisten bezeichnet werden.

Die CCD hat, wiederum mit finanzieller und organisatorischer Unterstützung, die Personen auf der Liste als „Informations-Terroristen“ bezeichnet, die den gleichen Sanktionen wie tatsächliche Terroristen unterliegen sollten, bis hin zur Anwendung von außergerichtlichen Tötungen, um sie zum Schweigen zu bringen.

Ich spiele eine wichtige Rolle in der Arbeit des CCD sowie in anderen ukrainischen „Listen“, wie z. B. der Mirovorenz-Liste („Peacemaker“), die diejenigen, die drauf stehen, buchstäblich zur Ermordung markiert. Es wäre interessant zu erfahren, inwieweit die Be-

denken des CCD und des ukrainischen Geheimdienstes bezüglich meiner Arbeit an das Außenministerium, die CIA und das FBI weitergegeben wurden und inwieweit die US-Regierung aufgrund dieser Bedenken gehandelt hat. Bis hin zu der Frage, ob die zugrunde liegenden Informationen in den eidesstattlichen Erklärungen, die zur Begründung eines hinreichenden Verdachts für die Ausstellung eines Durchsuchungsbefehls für mein Haus vorgelegt wurden, aus der Ukraine stammten oder nicht.

Am 28. September werde ich an einer Friedenskundgebung in Kingston, New York, teilnehmen, die von Gerald Celente organisiert wird. Ich werde von anderen besorgten Amerikanern begleitet, darunter Judge Andrew Napolitano, Max Blumenthal und Anya Parampil. Wir werden eine Reihe von Themen diskutieren, die in diesem Wahljahr von Bedeutung sind, darunter die Gefahr eines Atomkriegs, der Konflikt im Gazastreifen, der Angriff auf die Redefreiheit und der Status der Friedensbewegung im heutigen Amerika. Ich betrachte diese Kundgebung als Ausgangspunkt für das, was ich „Operation DAWN“ [1] nenne – eine Kampagne, die dazu beitragen soll, das Thema Atomkrieg und die Notwendigkeit des Friedens in den politischen Dialog der USA einzubringen, indem die amerikanischen Wähler ermutigt werden, ihre Stimme nicht zu verschenken, sondern die Kandidaten dazu zu bringen, sie sich zu verdienen, indem sie bei wichtigen Themen wie diesen Farbe bekennen.

Die russische Regierung oder ein russischer Vertreter ist in keiner Weise an diesen Bemühungen beteiligt.

Ein wichtiger Bestandteil dieser Übung ist es jedoch, den Worten von Präsident John F. Kennedy Leben einzuhauchen, der in seiner Eröffnungsrede vor den Studenten und Dozenten der American University im Juni 1963 erklärte: „Keine Regierung und kein Gesellschaftssystem ist so schlecht, dass man den Menschen darin Tugendlosigkeit unterstellen müsste ... Wir können das russische Volk immer noch für seine vielen Errungenschaften loben – in der Wissenschaft und im Weltraum, im wirtschaftlichen und industriellen Wachstum, in der Kultur und in mutigen Taten.“

Aber wir können diese Leistungen nur begrüßen – und dadurch auch einen Einblick von der Menschlichkeit der Leute gewinnen, die sie vollbracht haben –, wenn wir uns dem Konzept der freien Interaktion zwischen Menschen öffnen.

Heute versuchen das Justizministerium und die Biden-Regierung, die grassierende Russophobie unter der amerikanischen Bevölkerung zu fördern, indem sie sie über die russische Realität im Unklaren lassen. Dies geschieht, indem russische Stimmen zum Schweigen gebracht und jegliche Bemühungen von Amerikanern, diesen Stimmen Gehör zu verschaffen, kriminalisiert werden.

So sieht es heute aus.

Ich für meinen Teil bin sehr besorgt darüber, wie die Dinge morgen aussehen werden.

Quellen:

[1] Scott Ritter, „Vote “No” to nuclear war in November“, <<https://scottritter.com/operation-dawn/>>